

Wahlen in Italien

Autor(en): **Reventlow, Rolf**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **55 (1976)**

Heft 8-9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-339194>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wahlen in Italien

Der Ausweg, der keiner war, muss man eigentlich von den italienischen Parlaments- und Senatswahlen sagen. Die Christdemokraten waren zu diesen Wahlen gezwungen worden, weil die Sozialisten ihnen weiter die Unterstützung verweigerten. Denn die Sozialisten sind der Ansicht, dass man die stark gewordene Kommunistische Partei nicht weiter von der Mitverantwortung ausschalten kann. Das ist nicht unbedingt eine Sympathieerklärung oder gar Ausdruck eines Gerechtigkeitsgefühls, sondern ganz einfach die Folge der Unbekümmertheit, mit der die Christdemokraten Politik auf ihre – konservativ-klerikale Art trieben, ohne auf den stillen Teilhaber einer offiziell nicht bestehenden Koalition Rücksicht zu nehmen. So kündigte die Sozialistische Partei ihre stille Teilhaberschaft auf und erzwang die Neuwahlen.

Gewonnen haben die Sozialisten dabei allerdings nicht. Statt 61 haben sie nur mehr 57 Abgeordnete im neuen Parlament, gegenüber einer Zunahme der Kommunistischen Partei von 180 auf 227 Sitze. Entgegen vielen Erwartungen haben die Christdemokraten im Vergleich mit den Regionalwahlen wieder ein wenig zugenommen. Sie sind immer noch die stärkste Partei des italienischen Parlaments, aber ohne irgendeine Hilfe der kleineren Parteien nicht regierungsfähig. Daher ihr sofort einsetzendes Werben um die offene oder stille Teilhabe der Sozialisten. Doch im Vergleich mit 1972, der letzten Kammerwahl, haben sie dennoch drei Sitze verloren, die Kommunisten jedoch 57 Mandate gewonnen. Vermutlich sind die christdemokratischen Erfolge zu Lasten der bürgerlich-konservativen Liberalen gegangen.

Einige Kommentatoren unterstreichen – so in der Zeitschrift «Panorama» – die Tatsache, dass bei den Vorzugsstimmen die ältere Generation vielfach zugunsten jüngerer Kräfte verloren hätte. Doch diese personellen Veränderungen sind kein Ausdruck politischer Richtung. Das Problem bleibt für Italien die Stellungnahme gegenüber den Kommunisten, für deren vorsichtige Taktik man den Ausdruck «Eurokommunismus» geprägt hat. Alles läuft darauf hinaus, inwieweit man den vorsichtigen Erklärungen der kommunistischen Führung Glauben schenken darf. Sie sind ja bereit, die Nato-Mitgliedschaft anzuerkennen, ja überhaupt sich als tüchtige Reformpartei zu geben, deren Legitimation in der korruptionsfreien Verwaltung der Stadt Bologna und der Regionen begründet liegt, in denen auf Grund der Mehrheitsverhältnisse die KPI massgeblich an der Verantwortung beteiligt ist. Eine der wichtigsten – und nicht beantwortbaren – Fragen der italienischen Politik liegt darin, dass man darüber rätselt, ob die «eurokommunistische» Orientierung der KPI nur ein taktisches Manöver oder eine innere Wandlung der Partei dar-

stellt. Die Zweifel hierzu dürften zu dem teilweisen Wahlerfolg der Christdemokraten beigetragen haben.

Die politischen Fronten sind jedoch nicht so einfach, wie diese Fragestellung vermuten lässt. Nicht erst seit heute gibt es in Kammer und Senat eine weltlich-antiklerikal gestimmte Mehrheit. Sie hat bekanntlich bei dem Volksentscheid für die Abschaffung des Scheidungsgesetzes einen unerwarteten Sieg errungen und bereitet sich nunmehr auf einen zweiten Schlag vor. Die kleine – und bisher im Parlament nicht vertretene – Radikale Partei hat durch ihren Sekretär Gianfranco Spadaccio bereits erklären lassen, demnächst käme die Abtreibungsfrage auf die Tagesordnung der Kammer. Zwar verfügen die Radikalen nur über vier Mandate, aber Spadaccio hat ausgerechnet, dass es in der Frage eine sichere Mehrheit für die Freigabe der Abtreibung im Sinne der sozialdemokratisch-bundesdeutschen Fristenlösung gibt. Diese antiklerikale Mehrheit schliesst natürlich die Kommunisten mit ein, nicht ohne Probleme. Der eigentliche parlamentarische Initiator antiklerikaler Gesetzgebung war bislang, und wird es in Zukunft auch sein, der Rechtsanwalt Loris Fortuna, Mitglied des Parteivorstandes der Sozialistischen Partei. Er hatte schon bisher nicht wenige Schwierigkeiten mit der KPI, da diese mit Rücksicht auf die Möglichkeiten der Verständigung die Fristenlösung im Sinne der Sozialisten einzuschränken suchte. Möglicherweise wird die KPI jedoch unter dem Druck der öffentlichen Meinung nachzugeben gezwungen sein.

Natürlich ist die Frage der Regierungsbildung nicht das einzige, sondern nur eines der Probleme italienischer Politik. Das eigentliche Hauptproblem ist Inflation und Wirtschaftskrise. Die Inflation geht in erster Linie zu Lasten der Festbesoldeten und Rentner, denn die Preise haben sich fast unmittelbar angeglichen. Praktisch bedeutet das, dass dieser Personenkreis um die Hälfte seines Einkommens gebracht wurde. Natürlich betrifft die Wirtschaftskrise auch den Sektor des Wirtschaftslebens, der sich in öffentlicher Hand befindet. Er ist in verschiedenen Körperschaften organisiert, die nun natürlich mit erheblichen Kapitalforderungen an die Staatskasse herantreten. Auch die Kommunisten haben bislang keinen Ausweg aus dieser Lage gezeigt. Ihre bislang allerdings mit Nachdruck vertretene Forderung nach den Wahlen bezog sich daher nicht so sehr auf Regierungsbeteiligung als auf das Amt des Präsidenten einer der beiden Kammern. Das Mitglied des KP-Vorstandes Ingrao machte das Rennen. Wie sich die Frage der Regierungsbildung weiter entwickelt, ist zur Zeit, da diese Betrachtung zu Papier gebracht wird, kaum abzusehen.